

Geheimes Gutachten enthüllt: AfD als gesichert rechtsextrem eingestuft!

Geheimes Gutachten des Verfassungsschutzes stuft die AfD als rechtsextrem ein. Diskutierte Vorwürfe und politische Reaktionen.



Köln, Deutschland - Ein geheimes Gutachten des Bundesamtes für Verfassungsschutz, das als brisante Quelle für die Diskussion über die Alternative für Deutschland (AfD) dient, ist kürzlich an die Öffentlichkeit gelangt. Laut einem Bericht von **Compact** wird die AfD in dem 1.108 Seiten umfassenden Dokument als „gesichert rechtsextrem“ eingestuft. Dieses Gutachten war bisher weder der Partei noch der breiten Öffentlichkeit bekannt und wirft ein kritisches Licht auf die politischen Strömungen innerhalb der AfD.

Die Analyse beleuchtet die Aussagen von 353 AfD-Mitgliedern und führt die Einstufung auf menschenverachtende, anti-demokratische und fremdenfeindliche Positionen zurück. Der

Spiegel hat exklusiven Zugang zu dem Dokument erhalten und berichtet, dass insbesondere Parteichefs wie Alice Weidel und Tino Chrupalla in diesem Kontext zitiert werden. Kritische Äußerungen über Menschen mit Migrationshintergrund sowie diskriminierende Aussagen gegen diese Gruppe finden sich im Gutachten wieder. Ein Beispiel ist das abwertende Vokabular, das Funktionäre der AfD verwenden, wenn sie zwischen „echten“ Deutschen und „Passdeutschen“ unterscheiden. Laut **Stern** äußerte sich Hannes Gnauck, ein AfD-Bundestagsabgeordneter, abwertend über Menschen mit Migrationshintergrund. Weidel sprach in Wahlkampfreden von „Ausländerkriminalität“ und stellte diese als gesellschaftspolitisches Problem dar.

Rechtliche Herausforderungen und politische Reaktionen

Die Veröffentlichung des Gutachtens hat auch rechtliche Konsequenzen. Die AfD hat angekündigt, dagegen juristisch vorzugehen, und hat einen Eilantrag beim Verwaltungsgericht Köln eingereicht. Die Wiederholung dieser Streitigkeiten, die möglicherweise gegen § 353b StGB (Verletzung des Dienstgeheimnisses) verstoßen, sorgt für zusätzlichen Zündstoff in der politischen Debatte. Der Bundesverfassungsschutz hat die Hochstufung der AfD vorläufig zurückgezogen, während das Gericht über die rechtlichen Schritte entscheidet.

Die anhaltende Debatte um das Verbot der AfD hat durch dieses Gutachten neuen Aufwind erhalten. Kanzler Friedrich Merz forderte eine gründliche Analyse des Berichts des Verfassungsschutzes, bevor politische Schlussfolgerungen gezogen werden können. **Der Verfassungsschutz** unterstreicht in seinen eigenen Publikationen, dass rechtsextremistische Strömungen in der Gesellschaft beobachtet werden, da sie nicht nur in Form von extremen Gruppen, sondern auch durch Äußerungen in politischen Bewegungen zum Ausdruck kommen. Diese Tatsache verstärkt die Notwendigkeit, die Aktivitäten der AfD kritisch zu hinterfragen.

Zusammenfassend zeigt das Gutachten, dass die AfD nicht nur von außen betrachtet wird, sondern dass interne Strömungen der Partei auf äußerst problematische Positionen hinweisen. Dieses Thema bleibt auf der politischen Agenda und wird auch weiterhin die politische Diskussion in Deutschland prägen.

Details	
Vorfall	Rechtsextremismus
Ort	Köln, Deutschland
Quellen	• www.compact-online.de • www.stern.de • www.verfassungsschutz.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de